

Zeitschrift: Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung

Herausgeber: Schweizerische Stiftung Für das Alter

Band: 44 (1966)

Heft: 3

Artikel: Leitsätze der Schweizerischen Stiftung "Für das Alter" = Les directives de la Fondation Suisse "Pour la vieillesse"

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-723279>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Leitsätze der Schweizerischen Stiftung «Für das Alter»

betreffend

die durch das Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung übertragenen Aufgaben

Einleitung

Bekanntlich wurde das Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 19. März 1965 auf den 1. Januar 1966 in Kraft gesetzt. Dasselbe sowie die Verordnung zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 6. Dezember 1965 regeln die Verwendung der der Schweizerischen Stiftung «Für das Alter» vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel und ersetzen die bisherige auf Grund des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1948 betreffend die zusätzliche Alters- und Hinterlassenenfürsorge geltende Ordnung. Nachdem sich die neuen Erlasse im wesentlichen auf die Umschreibung der Fürsorgeaufgaben der drei gemeinnützigen Institutionen Pro Infirmis, Pro Juventute und Pro Senectute sowie der Leistungsbereiche beschränken, war die Stiftung verpflichtet, detaillierte Bestimmungen über die Verwendung der Bundesbeiträge aufzustellen. Dieselben wurden vom Direktionskomitee der Stiftung in seiner Sitzung vom 24. November 1965 erlassen und am 16. Dezember 1965 durch das Bundesamt für Sozialversicherung genehmigt. Diese Leitsätze sind für alle Organe der Stiftung verbindlich. Durch den nachstehend abgedruckten vollständigen Wortlaut sollen sie nochmals allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung aber auch einem weiteren Kreis von Interessenten, wie Fürsorgestellen usw., bekanntgemacht werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die vom Bund finanzierten und von der Stiftung übernommenen Fürsorgeaufgaben, wie sie in den Leitsätzen niedergelegt sind, nur einen Teil ihrer Tätigkeit darstellen. Vielfach reichen die Bundesmittel nicht zur Ueberbrückung einer finanziellen Notlage aus oder dürfen dafür von Gesetzes wegen nicht verwendet werden. Für alle diese Fälle, aber auch für die Finanzierung von Bauten oder Umbauten von Alters- und Pflegeheimen oder zur Deckung der Kosten von Altersveranstaltungen jeglicher Art, dienen die ausschliesslich stiftungseigenen Mittel, die sich aus den jährlichen Geldsammlungen, Legaten, Geschenken usw. zusammensetzen.

U. B.

Leitsätze

in Nachachtung von Art. 11 Abs. 3 des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (vom 19. März 1965) und Art. 20 der Verordnung zu diesem Gesetz (vom 6. Dezember 1965).

A. Verteilung der Bundesbeiträge an die Organe der Stiftung

1. Vom jährlichen Bundesbeitrag fallen drei Viertel an die Kantonalkomitees und ein Viertel an das Direktionskomitee der Stiftung. Die Verteilung des den Kantonalkomitees zufallenden Beitrags erfolgt für eine Uebergangszeit von zwei Jahren nach dem bisherigen Schlüssel (Art. 4 des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1948).

2. Kantonalkomitees, die mit ihrem jährlichen Anteil an Bundesmitteln die ihnen gestellten Aufgaben nicht zu erfüllen vermögen oder besondere Leistungen erbringen, die den Einsatz grösserer Mittel erfordern (z. B. Gründung und Betrieb eines Haushilfedienstes für gebrechliche Betagte, einer Beratungsstelle für Betagte, einer «Aktion P» usw.), können dem Direktionskomitee ein schriftlich begründetes Gesuch um die Zusprechung eines zusätzlichen Beitrags einreichen.

B. Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen

1. Die Bundesbeiträge sind zu verwenden:

a) für die Gewährung von einmaligen oder periodischen Leistungen an bedürftige, in der Schweiz wohnhafte Schweizer Bürger, denen eine Altersrente der AHV zusteht, d. h. an über 65jährige Männer und über 62jährige Frauen sowie an über 60jährige Ehefrauen, deren Mann das 65. Altersjahr zurückgelegt hat;

b) für die Gewährung von einmaligen oder periodischen Leistungen an bedürftige, in der Schweiz wohnhafte Ausländer und Staatenlose, die sich seit mindestens 10 Jahren im Land aufhalten und das zum Bezug einer AHV-Altersrente berechnete Alter erreicht haben;

c) für die Finanzierung von Haushilfedienstorganisationen, Beratungsstellen sowie von Sach- und Dienstleistungen zugunsten von Betagten, insbesondere von persönlichen Hilfsgeräten für altersschwache und behinderte Personen.

2. Einmalige Leistungen der Kantonalkomitees und der Zentralkasse aus Bundesmitteln sollen zusammen 3000 Franken nicht übersteigen, periodische Leistungen sollen monatlich mindestens 25 Franken und höchstens 100 Franken betragen. Das Nettoeinkommen der Bezüger darf im Jahr nicht höher sein als 4200 Franken für Einzelpersonen und 6720 Franken für Ehepaare; in diesen Zahlen sind die Leistungen der Stiftung sowie ein Fünftel des Reinvermögens inbegriffen, soweit es bei Einzelpersonen 15000 Franken und bei Ehepaaren 25000 Franken übersteigt.

C. Grundsätze für die Bemessung der Leistungen im Einzelfall

1. Die Leistungen der Stiftung aus Bundesmitteln werden nach Massgabe der Bedürftigkeit des Gesuchstellers bemessen. Zugunsten von Personen, die erhebliche krankheits- und invaliditätsbedingte Auslagen, hohe Mietzinse oder Pensionspreise in Alters- und Pflegeheimen zu leisten haben, können die unter Ziff. B 2 genannten Höchstgrenzen überschritten werden.

2. Dauernd von der öffentlichen Armenpflege Unterstützten dürfen keine Leistungen gemäss Ziff. B 1, Buchstaben a und b, gewährt werden.

D. Einreichung und Behandlung der Gesuche

1. Einzelleistungen dürfen nur auf Gesuch hin ausgerichtet werden. Der Gesuchsteller hat dem Vertreter der Stiftung die für die Prüfung der Verhältnisse nötigen Auskünfte zu erteilen; diese sind in das vom Direktionskomitee im Einvernehmen mit dem Bundesamt ausgearbeitete Einheitsformular der Stiftung einzutragen. Der Stiftungsvertreter lässt sich die Richtigkeit der Angaben durch eine Ortsbehörde oder Verwaltungsstelle, in der Regel durch die mit der Ausrichtung der kantonalen Ergänzungsleistungen betrauten Stelle, bestätigen.

2. Der Entscheid über die eingereichten Gesuche liegt beim Vorstand des Kantonalkomitees oder bei einer vom Komitee bezeichneten Kommission. Er wird dem Gesuchsteller schriftlich mitgeteilt.

3. Bei der Finanzierung von Sach- und Dienstleistungen für invalide Betagte können die Organe der Stiftung die für ihr Gebiet zuständige Stelle der Vereinigung Pro Infirmis oder eine der mit Pro Infirmis zusammenarbeitenden Behindertenfürsorgestellen mit der Abklärung des Sachverhalts und der Antragstellung betrauen. Der Entscheid über die Zusprechung von Leistungen liegt jedoch ausschliesslich bei den Organen der Stiftung.

In Sonderfällen, z. B. im Fall einer über 62jährigen Witwe mit AHV- oder IV-rentenberechtigten Kindern, werden sich die Organe der Stiftung «Für das Alter» mit der Stiftung Pro Juventute oder mit der Vereinigung Pro Infirmis über die Beitragsleistungen verständigen.

E. Auszahlung der Leistungen

Die periodischen Leistungen sind in der Regel monatlich oder vierteljährlich durch die Post oder persönlich gegen Quittung auszurichten. Die Auszahlung in grösseren Zeitabständen ist nur mit Einwilligung des Direktionskomitees zulässig.

F. Kontrolle

1. Die Revisionsstellen, welche die Buchhaltungen der Kantonalkomitees und der Zentralkasse prüfen — für die Zentralkasse die Treuhand-Vereinigung «Fides» — haben die Bundesbeiträge in die Prüfung einzubeziehen und über diese Prüfung einen besonderen Bericht zu erstatten.

2. Die Verwendung der Bundesbeiträge durch die Kantonalkomitees wird von einem besonderen, vom Zentralsekretariat im Einvernehmen mit dem Bundesamt bestellten Kontrollorgan jährlich geprüft; die Kontrollberichte gehen an das Zentralsekretariat, wo sie den Kontrollorganen des Bundesamtes zur Einsicht offenstehen. Die Verwendung der Bundesmittel durch das Direktionskomitee wird von den Kontrollorganen des Bundesamtes geprüft.

G. Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen

Jeder Gesuchsteller hat eine Erklärung zu unterzeichnen, welche die Stiftung ermächtigt, die geleisteten Unterstützungen ganz oder teilweise zurückzufordern, falls

- a) der Gesuchsteller wissentlich oder unwissentlich falsche Angaben über seine finanziellen Verhältnisse gemacht hat,
- b) dem Bezüger zu Lebzeiten Vermögen oder Einkommen zufällt oder
- c) nach seinem Tod noch Vermögen vorhanden ist. Dies gilt insbesondere für die Eigentümer der von ihnen bewohnten Liegenschaften, deren Wert sich erst nach dem Tod des Bezügers realisieren lässt. Vorbehalten bleiben die Strafbestimmungen von Art. 16 des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV vom 19. März 1965.

H. Reglemente der Kantonalkomitees

Jedes Kantonalkomitee erlässt im Rahmen dieser Leitsätze ein Reglement über seine Organisation und die näheren Bestimmungen, die seine Tätigkeit betreffen, insbesondere auch über die Verwendung der stiftungseigenen Mittel. Dieses Reglement ist dem Direktionskomitee zur Genehmigung und dem Bundesamt zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Les directives de la Fondation Suisse «Pour la vieillesse»

concernant

les nouvelles tâches découlant de la loi fédérale sur les prestations supplémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité.

Introduction

Il est connu que la loi fédérale concernant les prestations supplémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité du 19 mars 1965 est entrée en vigueur le 1er janvier 1966. Cette même loi ainsi que l'ordonnance du 6 décembre 1965 relative à la loi fédérale sur les prestations supplémentaires à l'assurance-vieillesse survivants et invalidité règlent l'emploi des moyens mis à la disposition de la Fondation Suisse «Pour la vieillesse» par la Confédération et remplacent ainsi le règlement en vigueur basé sur l'ordonnance du 8 octobre 1948 concernant l'assistance supplémentaire à l'assurance-vieillesse et survivants. Vu que les nouvelles ordonnances se limitent principalement à un changement des devoirs d'assistance des trois institutions de bienfaisance Pro Infirmis, Pro Juventute et Pro Senectute ainsi qu'à l'attribution des prestations, la Fondation a le devoir d'établir des précisions détaillées sur l'emploi des fonds fédéraux. Celles-ci ont été promulguées par le Comité de Direction de la Fondation dans sa séance du 24 novembre 1965 et ratifiées le 16 décembre 1965 par l'Office fédéral des assurances sociales. Ces directives sont obligatoires pour tous les organes de la Fondation. Elles sont encore une fois, par le texte complet reproduit ci-dessous, à porter à la connaissance de tous les collaborateurs et collaboratrices de la Fondation ainsi qu'à un plus vaste cercle d'intéressés, comme offices d'assistances, etc. N'oublions pas non plus que les devoirs d'assistance financés par la Confédération et pris en charge par la Fondation, comme consignés dans les directives, ne représentent qu'une partie de son activité. Il arrive souvent que les fonds fédéraux ne suffisent pas pour surmonter une situation financière critique et de par la loi ne peuvent être utilisés dans ces cas. Pour tous ceux-ci ainsi que pour le financement de construction ou réparation de maisons de vieillesse ou maisons pour personnes âgées malades, ainsi que pour les frais de toutes les manifestations en faveur de personnes âgées, les moyens propres de la Fondation provenant des collectes annuelles, de legs ou cadeaux, sont à utiliser.

U. B.

Directives

fondées sur l'art. 11 al. 3 de la loi fédérale concernant les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (du 19 mars 1965) et sur l'art. 20 de l'ordonnance relative à cette loi (du 6 décembre 1965).

A. Répartition des subventions fédérales entre les organes de la Fondation

1. La subvention fédérale annuelle est destinée pour les trois quarts aux comités cantonaux et pour un quart au comité de direction de la Fondation. La répartition du montant alloué aux comités cantonaux se fait d'après la clé de répartition actuelle pour une durée transitoire de deux ans (art. 4 de l'arrêté fédéral du 8 octobre 1948).

2. Les comités cantonaux qui ne peuvent accomplir leurs tâches avec leur quote-part annuelle de la subvention fédérale ou qui doivent accorder des prestations spéciales, nécessitant des moyens financiers d'une certaine importance (par ex. la création et l'entretien d'un service d'aides ménagères pour vieillards infirmes, un centre d'information pour personnes âgées, une «action P», etc.) peuvent adresser une requête écrite au comité de direction pour l'octroi d'un montant supplémentaire.

B. Conditions qui doivent être remplies pour bénéficier des prestations

1. Les subventions fédérales sont allouées:

- a) pour verser des prestations uniques ou périodiques aux ressortissants suisses nécessiteux qui sont domiciliés en Suisse et qui bénéficient d'une rente de l'AVS, c'est-à-dire aux hommes âgés de plus de 65 ans et aux femmes âgées de plus de 62 ans ainsi qu'aux femmes mariées âgées de plus de 60 ans dont le mari a accompli sa 65e année;
- b) pour verser des prestations uniques ou périodiques à des ressortissants étrangers ou apatrides nécessiteux qui sont domiciliés en Suisse et y résident depuis 10 ans au moins et qui ont atteint l'âge donnant droit à une rente de vieillesse de l'AVS;

c) pour financer des organisations de service d'aides ménagères, des centres d'information, ainsi que pour accorder des prestations en nature ou en services en faveur de personnes âgées, notamment des moyens auxiliaires pour les vieillards faibles et handicapés.

2. Les prestations uniques accordées par les comités cantonaux et par la caisse centrale, financées par les fonds fédéraux, ne doivent pas dépasser le montant de frs. 3000.—, les prestations périodiques ne doivent pas être inférieures à frs. 25.— ni supérieures à frs. 100.— par mois. Le revenu net des bénéficiaires ne doit pas dépasser frs. 4200.— par an pour les personnes seules et frs. 6720.— pour les couples; dans ces montants sont compris les prestations de la Fondation ainsi qu'un quinzième de la fortune nette, pour autant que celle-ci ne dépasse pas frs. 15 000.— pour les personnes seules et frs. 25 000.— pour les couples.

C. Principes applicables au calcul des prestations individuelles

1. Le montant des prestations de la Fondation qui sont financées par les subventions fédérales est fixé suivant l'état de besoin du requérant. Les limites supérieures indiquées sous chiffre B 2 peuvent être dépassées lorsqu'il s'agit de personnes qui doivent supporter des frais importants en raison de maladie ou d'invalidité, payer des loyers élevés ou faire face à des prix de pension élevés dans des asiles de vieillards ou des maisons de repos.

2. Les personnes qui tombent de manière durable à la charge de l'assistance publique ne peuvent pas être mises au bénéfice des prestations prévues sous B, premier alinéa, lettres a et b.

D. Présentation et liquidation des requêtes

1. Les prestations individuelles ne peuvent être accordées que sur demande. Le requérant est tenu de fournir au représentant de la Fondation les renseignements nécessaires à l'examen de la situation; ceux-ci sont portés sur la formule élaborée par le comité de direction d'entente avec l'Office fédéral. Le représentant de la Fondation se fait confirmer l'exactitude des indications données par une autorité locale ou un organe administratif, en général par l'office cantonal préposé aux prestations complémentaires du canton.

2. Il appartient au comité cantonal ou à une commission nommée par celui-ci de statuer sur les requêtes présentées. La décision doit être communiquée par écrit au requérant.

3. Lorsqu'il s'agit de financer des prestations en nature et en services en faveur des personnes âgées invalides, les organes de la Fondation peuvent se mettre en rapport avec l'office compétent de l'Association Pro Infirmis ou avec un autre office de bienfaisance pour handicapés collaborant avec Pro Infirmis pour qu'il tire au clair la situation de fait et fasse une proposition. La décision relative à l'octroi de ces

prestations relève toutefois de la seule compétence des organes de la Fondation.

Dans des cas spéciaux, par exemple lorsqu'il s'agit d'une veuve âgée de plus de 62 ans avec des enfants ayant ou donnant droit à des rentes AVS ou AI, les organes de la Fondation «Pour la Vieillesse» s'entendent avec la Fondation Pro Juventute ou Pro Infirmis pour le versement des prestations.

E. Versement des prestations

Les prestations périodiques sont versées en principe mensuellement ou trimestriellement par l'intermédiaire de la poste ou en main propre contre quittance. Les paiements plus espacés ne sont admis qu'avec l'accord du comité de direction.

F. Contrôle d'un emploi correct des fonds

1. Les bureaux de révision qui contrôlent la comptabilité des comités cantonaux et de la caisse centrale — pour la caisse centrale la fiduciaire «Fidus» — doivent étendre leur contrôle aux subventions fédérales et établir à ce sujet un rapport particulier.

2. L'emploi des subventions fédérales par les comités cantonaux est contrôlé annuellement par un organe spécial de contrôle nommé par le secrétariat central d'entente avec l'Office fédéral; les rapports y relatifs sont adressés au secrétariat central où ils sont mis à disposition de l'Office fédéral. L'emploi des fonds fédéraux par le comité de direction est vérifié par les organes de contrôle de l'Office fédéral.

G. Restitution des prestations touchées indûment

Chaque requérant doit signer une déclaration autorisant la Fondation à se faire rembourser totalement ou partiellement les secours accordés lorsque:

- a) le requérant a fait sciemment ou non une fausse déclaration sur sa situation financière,
- b) le requérant a acquis de la fortune ou une source de revenus,
- c) lorsqu'il laisse de la fortune après sa mort. Ceci vaut surtout pour les propriétaires d'immeubles qu'ils habitent et dont la valeur n'est réalisable qu'après la mort du bénéficiaire.

Sont réservées les prescriptions pénales de l'art. 16 de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS et l'AI du 19 mars 1965.

H. Règlements des comités cantonaux

Chaque comité cantonal édicte, dans le cadre de ces directives, un règlement concernant son organisation et son activité où il précisera notamment l'emploi des fonds propres à la Fondation. Ce règlement doit être soumis au comité de direction pour approbation et à l'Office fédéral à titre d'information.